

## Mullahs gegen Nichtregierungsorganisationen

von Ahmed Fazl

**Durch die Aktivitäten fanatischer Mullahs sehen sich viele in- und ausländische Nichtregierungsorganisationen in Bangladesh starkem Druck ausgesetzt. Die Regierung hat diesem Treiben bisher untätig zugeschaut.**

Mohammad Ibrahim sitzt auf der Treppe einer Moschee, die zu dem kleinen Dorf 'Deogram' im Norden Bangladeshs gehört. Ibrahim verkündet Urteile gemäß der 'Gesetze Allahs', während andere Mullahs Koranverse rezitieren. "Diese Frau ist vom Teufel besessen", schreit er und deutet dabei auf Musamat Nosimon, die für eine große Nichtregierungsorganisation (NRO) arbeitet. Nosimon hat zwei schwere Vergehen begangen. Zum einen arbeitet sie für eine Organisation, die von 'Ungläubigen' finanziert wird, zum anderen hat sie es gewagt, ihr Haus zu verlassen und hat damit gegen die purdah-Praxis verstoßen. Das heißt, sie hat sich anderen Männern gezeigt.

Ibrahim ordnet zehn Peitschenhiebe an und zwingt Nosimon's Ehemann, selbst landloser Tagelöhner, sich von ihr scheiden zu lassen. Das Urteil ist mittlerweile bereits vollstreckt worden. Kein Wunder: Ibrahim gehören große Teile des Landes, er beherrscht das verarmte Dorf unweit der halbindustrialisierten Stadt Bogra sowie die Hütten und Reisfelder in der Umgebung.

Der Preis für 'Ungehorsam' ist meist soziale Ausgrenzung. Nazma Begum, Mitarbeiterin einer anderen Entwicklungsorganisation fand ihre Strohhütte vom Rest des Dorfes isoliert. Helfer der Mullahs hatten einen Bambuszaun errichtet. Nazma hatte der fatwa (religiöses Dekret) der Mullahs getrotzt und an ihrem Job festgehalten. Sie zeigt sich unerschrocken: "Lieber leide ich unter der von den Mullahs beschlossenen sozialen Isolation als eine Gelegenheit zur Änderung meines Schicksals auszulassen."

Die Geschichten über Frauen, die Peitschenhiebe erhalten, deren Männer sich von ihnen scheiden lassen und die sozial ausgegrenzt werden, häufen sich im ganzen Land. Ursache ist eine vereinte Aktion von Mullahs vor allem in Bogra, die sich gegen Entwicklungsorganisationen richten, von denen es Tausende im Land gibt.

Besonders tragisch ist eine Geschichte aus Nandigram, einem weiteren Stützpunkt der islamischen Traditionalisten. Als ein dreizehnmonatiges Baby stirbt, suchen seine Eltern vergebens nach einem Geistlichen. Schließlich müssen sie und enge Verwandten das Kind selbst begraben. Als Begründung für die Ablehnung, das Kind nach den Ritualen des Islam zu begraben, heißt es seitens der Mullahs, dies sei die gerechte Strafe für

den teuflischen Akt, den die Eltern begangen hätten. Die Schuld der Mutter besteht darin, Frauen des Dorfes über Schwangerschaftsvorsorge, Kinderernährung und Impfungen aufgeklärt zu haben. Außerdem hat ein einflußreicher Geistlicher herausgefunden, daß sie und ihr Mann Geburtenkontrolle praktizieren und Verhütungsmittel an die Dorfbewohner verteilen. Die Frau hat die Aufklärungsarbeit bei einer großen NRO übernommen, um das Einkommen ihres als Tagelöhner arbeitenden Mannes aufzubessern.

Einer 26-jährigen Nachbarin, die für BRAC, eine der größten und angesehensten Nichtregierungsorganisationen Bangladeshs arbeitet, erging es nicht besser. Weil sie sich weigerte, den gutbezahlten Job in der Organisation aufzugeben, sprach ihr Mann das dreimalige talaq, die traditionelle Scheidungsformel im Islam, aus, und erfüllte damit die Forderung eines lokalen Geistlichen, sich von der 'widerspenstigen' Frau zu trennen (siehe dazu auch 'Südasiens', 4-5/94).

Im Zuge eines anderen Vorfalls, bei dem Unbekannte unter anderem eine BRAC-Schule für arme Kinder und leseunkundige Erwachsene in Brand setzten, verhaftete die örtliche Polizei vier Geistliche wegen Brandstiftung, ohne jedoch dem mutmaßlichen Hauptbeschuldigten, Mohammad Ibrahim, hafthaft zu werden. Mittlerweile, so ein hoher Polizeibeamter in Bogra, übt Dhaka Druck aus, den Haftbefehl gegen Ibrahim aufzuheben.

Durch die Aktivitäten fanatischer Mullahs sehen sich BRAC Infrastrukturprojekte, wie Schulen oder Krankenstationen, in mehr als einem Dutzend Dörfern im Bogra Distrikt starkem Druck ausgesetzt. Dorfbewohnern wird es untersagt, Mittel gegen Durchfall oder Tuberkulose einzunehmen, Kredite oder Bildungsangebote anzunehmen.

Der Grameenbank, als erfolgreiche 'Bank der Armen' bekannt, erght es nicht besser. Die Mullahs werfen der Organisation vor, Geld von christlichen Wohlfahrtsverbänden und westlichen Entwicklungsorganisationen zu akzeptieren.

Frauen, die in NRO arbeiten, sind nach Meinung der Mullahs soziale Außsätzig und die Organisationen selbst eine Art Wiedergeburt der 'Ostindischen Kompanie', die bekanntlich die koloniale Unterdrückung des heutigen Bangladeshs einleitete.





Frauen des 'Women Development Forum' protestieren in Dhaka gegen die von den Mullahs ausgerufenen Fatwas. (Foto: Ahmed Fazl)

Bogra ist keineswegs die einzige Bastion fanatischer Moslems: Ihr Einfluß und damit die anti-NRO Kampagne hat sich auch auf die Städte Sylhet, Habiganj, Chandpur, Brahmanbaria, Mymensingh, Sirajganj, Faridpur, Bhola und Barisal ausgeweitet.

In Fatehpur im Sylhet-Distrikt wurde ein Mann, Rashid, für sein Engagement bei einer lokalen NRO, deren Zielgruppe vor allem die armen Frauen unter der Dorfbevölkerung sind, bestraft. Auch hier finden sich die gleichen Vorwürfe. Die NRO sei eine christliche Organisation, die aus Moslems Christen machen wolle und Frauen zum Vorstoß gegen die 'purdah'-Praxis ermuntere. Rashid hatte zuvor in einer islamischen Schule, einer Madrassa gearbeitet und wegen des höheren Einkommens und Status die Aufgabe bei der NRO übernommen.

Der Versuch der 'Friends in Village Development Bangladesh', sich argumentativ mit den Geistlichen auseinanderzusetzen, scheiterte sofort: Die Mullahs wiederholten lediglich ihre Anschuldigungen und erklärten die NRO für illegitim. Da Rashid sich weigerte, seine Hilfeleistungen an die NRO einzustellen, kam es zu einer von den Mullahs organisierten Gerichtsverhandlung gegen ihn, bei der er nochmals aufgefordert wurde, seine Arbeit für die NRO einzustellen und eine Strafe in Höhe von umgerechnet 1.000 DM zu bezahlen. "Wenn eine Religion Geld braucht, um

jemandem seine Schuld zu vergeben, so möchte ich kein Teil von ihr sein", so die Erklärung Rashids, die ihm Fußtritte einbrachte. Sein Vater wurde gezwungen, seinen Kopf zu rasieren. Damit nicht genug: Es begann eine Rufmordkampagne gegen ihn. Die Mullahs dichteten ihm eine Beziehung zu einer verheirateten Frau an.

Besonders hart hat die Agitation der Mullahs das BRAC-Schulprogramm getroffen. 80 neue Schulen, die vor allem für Mädchen aus ärmeren Familien errichtet werden sollten, konnten im Gebiet um Chittagong bisher nicht gebaut werden. Seit November 1993 sind nicht weniger als 1.500 Schulen der Organisation zum Objekt des Terrors geworden. Das Mobiliar wurde zerstört oder Abfälle im Klassenraum ausgekippt. Mindestens 55 Schulen wurden durch Brandstiftung zerstört. Geschockte Eltern haben ihre Kinder aus der Schule genommen.

800 NRO sind gegenwärtig im regierungseigenen 'Büro für NRO-Angelegenheiten' registriert und verfügen über etwa 400 Millionen US-Dollar. Dieses, größtenteils aus Industrieländern kommende, Geld unterstützt mehr als zwölf Millionen Menschen und droht nun, an Bangladesh vorbei geleitet zu werden. Auf der jährlich stattfindenden Pariser Konferenz der Geberländer Bangladeshs wurde der ebenfalls anwesende Finanzminister Mohammad Saifur Rahman

aufgefordert, entschieden gegen die anti-NRO Kampagnen vorzugehen. Rahmans Versprechen, die fanatischen Elemente zu zügeln, wartet noch auf Einlösung; seit dem Parispiegel gab es viele neue Ausschreitungen gegen Nichtregierungsorganisationen.

Die Regierung stößt mit ihrer abwartenden bis gleichgültigen Haltung auch im Land selbst auf prominente Kritiker. "Die extremistischen Elemente ziehen Vorteile aus der Passivität der Regierung", so der frühere Richter am 'High Court' und Menschenrechtsaktivist K.M. Subhan.

In einem kürzlich erschienenen Artikel in der bengali-sprachigen 'Banglabazar Patrika' warnt er vor negativen sozialen und wirtschaftlichen Konsequenzen einer fortgesetzten anti-NRO Kampagne und wirft der Regierung Tatenlosigkeit vor. Es fehle der politische Wille, die Mullahs zu zügeln. "Anstatt die Gesetze walten zu lassen, gestattet die Regierung den Mullahs, ihr eigenes islamisches System aufzubauen", so Professor Ahmed Sharif.

Sein Engagement für die Demokratie und seine Kritik an den fatwa's haben ihn zu einem Hauptgegner der Mullahs werden lassen. Erst kürzlich forderte ein Sprecher der Mullahs vor der Nationalmoschee in Dhaka den Tod Sharifs. Seitdem kommt er in den zweifelhaften Genuß des Polizeischutzes. Wann handelt die Regierung?